

Sitzungsniederschrift

22. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt

Sitzungsort: Hotel Alte Schmiede, Esenser Straße 295, 26607 Aurich		
Sitzungsdatum: 01.12.2020	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:39 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU	
Harms, Erich	SPD	
Ihnen, Hermann	AKSBG	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Kleen, Barbara	SPD	Vertretung für Herrn Sascha Pickel
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM	
Odens, Roelf	CDU	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tammen, Harald	CDU	Vertretung für Herrn Gerhard Rinderhagen
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Wienbeuker, Johann	AKSBG	
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Brötje, Helge		
Götz, Reiner		

Wagner, Erich

Nicht anwesend:

Vorsitz

Rinderhagen, Gerhard CDU

Mitglieder

Busker, Hinrich SPD

Pickel, Sascha SPD

Beratende Mitglieder

Noosten, Carl

Runge, Rolf

Steven, Michael

Valentien, Helge

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08. September 2020
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27. Oktober 2020
6. Einwohnerfragestunde
7. Änderung Nahverkehrsplan 2020
Vorlage: IX/2020/212
8. Antrag der Gruppe AKSBG - Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die hiesige Gastronomie
Vorlage: IX-AF/2020/028
9. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
10. Einwohnerfragestunde
11. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet um 15:07 Uhr die 22. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung und Umwelt.



TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ausschussmitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und das Gremium beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Abg. Meyerholz merkt an, dass auf seiner Version der Tagesordnung die Tagesordnungspunkte Genehmigungen der Niederschriften über die Sitzungen vom 08. September 2020 sowie über die Sitzung von 27. Oktober 2020 fehlen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass jeweilige Tagesordnungspunkte auf der aktualisierten erweiterten Tagesordnung, abgebildet seien. Diese liegt **Abg. Meyerholz** zu dem Zeitpunkt noch nicht vor.

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08. September 2020

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 08. September 2020 wird seitens des Gremiums bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27. Oktober 2020

Abg. Altmann fordert eine Korrektur des Tagesordnungspunktes 10, dem Antrag der Gruppe AKSBG – Sachstandsbericht zu Baumpflegemaßnahmen an Kreisstraßen, der Niederschrift über die Sitzung vom 27. Oktober 2020. Abg. Altmann sehe nicht wegen des „fehlenden Mikroklimas“, sondern aufgrund der Veränderung des Mikroklimas, eine Kompensation auf anderen Flächen weitgehend kritisch.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 08. September 2020 wird seitens des Gremiums bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 7 **Änderung Nahverkehrsplan 2020**
Vorlage: IX/2020/212

Herr Kleen erklärt die Notwendigkeit der Anpassung des Nahverkehrsplanes.

Herr Hajak und Herr Kurzeck von der Firma BPV Consult GmbH tragen zur Änderung des Nahverkehrsplanes 2020 vor. Die Fragen der Abgeordneten werden durch Herrn Hajak und Herrn Kurzeck sowie die Verwaltung beantwortet. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Antrag der Gruppe AKSBG - Auswirkungen der Corona-Pandemie**
auf die hiesige Gastronomie
Vorlage: IX-AF/2020/028

Abg. Wienbecker begründet den Antrag der Gruppe AKSBG mit den derzeitigen Entwicklungen im Tourismus- und Gastronomiegewerbe.

LR Meinen erläutert, dass wir uns seit Mitte März 2020 in einer Ausnahmesituation befinden. Er sehe eine Problematik darin, dass die Verordnungen seitens des Bundes oder des Landes zeitlich eng befristet sind. Dieser Umstand gibt den Betrieben keine langfristige Planungssicherheit. Im Sommer und Herbst habe es keine positiven Corona-Fälle im Zusammenhang mit Tourismus, Hotellerie und Gastronomie gegeben. LR Meinen betont seine große Sorge insbesondere um Betriebe im Binnenland der Region, die sehr unter der Situation zu leiden haben. Er befürchte einen Verlust der Angebotsvielfalt.

Der Bezirksvorsitzende Herr Wagner vom Bezirksverband DEHOGA Ostfriesland trägt zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die hiesige Gastronomie vor. Er betont dabei insbesondere, dass es ein großes Nachfolgeproblem gebe, da viele junge Leute die elterlichen Betriebe nicht übernehmen wollen. Herr Wagner stellt in seinem Vortrag die Notwendigkeit der Förderung von Junggastronomen heraus, die durch innovative Konzepte versuchen, in der Gastronomie neue Wege zu gehen. Gespräche mit Banken seien bisher durchweg positiv gelaufen. Dennoch sei es wahnsinnig schwer, junge Leute aufzufangen. Ein Beispiel dafür seien Diskotheken, die sehr schwerwiegend von den Auswirkungen der Corona-Pandemie getroffen seien, für die aber dennoch Konzepte entwickelt werden, wie beispielsweise eine Kombination aus Schnelltests mit angeblich 95 prozentiger Genauigkeit in Kombination mit Schleusen in die Räumlichkeiten. Solche Konzepte bedarf es laut Herrn Wagner zu fördern. Zudem spricht Herr Wagner in seinem Vortrag den Trend an, dass viele Menschen wieder in den Süden fliegen, da es in vielen touristischen Regionen wieder Lockerungen gebe. Diesem Trend könnte entgegengewirkt werden, indem man Gaststätten und Restaurants in der Region geöffnet lasse und den Menschen somit die Möglichkeit gebe, ih-

ren Urlaub in der Region Ostfriesland zu verbringen. Die Region Ostfriesland stehe laut Herrn Wagner im Vergleich gewissermaßen als „Bauernopfer“ dar: Obwohl es kaum bestätigte Corona-Fälle gebe, dürften gastronomische Berufe nicht ausgeübt werden. Weitere Betriebe in der Zulieferbranche sind ebenfalls durch Umsatzausfälle in wirtschaftlicher Bedrängnis. Die Stimmung in der Gastronomie ist daher sehr schlecht. Herr Wagner unterbreitet den Vorschlag, Gaststätten und Restaurants geöffnet zu lassen und nur Bars und Diskotheken zu schließen, diesen dann aber eine 100 prozentige Unterstützung zu gewährleisten. Ein zentrales Argument für die Öffnung gastronomischer Betriebe sei auch, dass Feierlichkeiten in der Gastronomie deutlich kontrollierter ablaufen würden als private Feiern, die wiederum das Fortschreiten der Pandemie nachweislich fördern.

Abg. Wienbeuker weist darauf hin, dass Gastronomen zum Teil Harz IV beantragen müssen, da Zuschüsse häufig nicht ausreichen. Großunternehmen bekommen größtenteils sehr zügig ihre Zuschüsse, in der Gastronomie laufe dies jedoch sehr schleppend.

Herr Wagner erklärt, dass die DEHOGA häufig auch als Seelsorger von Gastronomen gesehen werde. Insbesondere junge Selbstständige sind wirtschaftlich hart getroffen.

LR Meinen betont, dass Hotellerie und Gastronomie sehr gute Hygienekonzepte entwickelt haben. Man habe sehr viel Mühe und Geld investiert, um den Standards gerecht zu werden. Die schwierige Lage für die Betriebe werde besonders deutlich, wenn man in die Zukunft schaut, da mindestens bis Januar nichts stattfinden werde und Betriebe nicht öffnen dürfen.

Herr Wagner merkt an, dass man auch bedenken müsse, dass beispielsweise Stammtische Möglichkeiten finden werden, ihre Zusammenkünfte außerhalb der Gastronomie, im privaten Rahmen, zu organisieren. Somit bestehe die Gefahr, dass sich die Anzahl solcher Stammtische in der Gastronomie infolge längerer Corona-bedingter Schließungen, zukünftig deutlich zurückgehe.

Abg. Wienbeuker befürchtet ein Gastronomiesterben, wenn der Tourismus in der Region einbrechen sollte. Bereits in Vor-Coronazeiten waren in vielen Orten die vorhandenen Betriebe bereits stark überlaufen. Wenn jetzt zusätzlich Betriebe aufgeben fehlt dieses Angebot.

Herr Wagner weist darauf hin, dass es immer weniger Betriebe geben werde, die frische, regionale Gerichte anbieten.

Abg. Altmann bekräftigt die Befürchtungen Ihrer Vorredner. Sie empfindet eine Kraftlosigkeit und Ohnmacht, da die Maßnahmen des Landkreises einer Bundesregelung unterliegen. Abg. Altmann stellt die Frage, was der Landkreis zur Erleichterung in der derzeitigen Situation beitragen könne oder ob man die Last gemeinsam tragen müsse.

Herr Wagner erklärt, dass die Novemberhilfe nach wie vor in der Gastronomie und Hotellerie nicht angekommen sei. Der Landkreis Aurich ist der Gastronomie immer sehr entgegengekommen. Wenn es Probleme gebe, werde mit dem Landkreis kommuniziert und dieser versuche dann zu helfen. Problem sehe er in der Kommunikation mit der Politik. Mit dem Landkreis sei die DEHOGA sehr zufrieden. Die Bundespolitik treffe die Entscheidungen hinsichtlich der Corona-Maßnahmen und man habe vor Ort kaum Einfluss darauf.

Abg. Looden hinterfragt ob die Landesverordnungen mit den Landkreisen abgestimmt werden und ob evtl. auf diese Weise der Gastronomie geholfen werden könnte.

Abg. Altmann stellt LR Meinen die Frage, ob es Abstimmungen und Gespräche zwischen den Landkreisen gebe.

LR Meinen antwortet, dass der Bund vieles regelt. Die Landesregelungen sind einheitlich gültig. Der Landkreis entscheide über die Maskenpflicht (tagsüber 9-20 Uhr in den Innenstädten der Stadt Aurich und Norden). Der Landkreis habe jedoch keine Möglichkeiten die Verordnungen der Gastronomie zu bestimmen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei dem Bezirksvorsitzenden der DEHOGA Ostfriesland für den Vortrag und seinen Einsatz für die Gastronomen.

TOP 9 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abg. Altmann fordert eine Stellungnahme des Landkreises zu den genehmigten Gasbohrungen in Engerhufe ein.

EKR Dr. Puchert weist daraufhin, dass es eine solche Stellungnahme nicht geben werde. Er sehe eine Problematik darin, dass die Presse keine Differenzierung zwischen Genehmigung und Betriebsplan vornehme, weshalb die Sachlage nicht korrekt abgebildet werde. EKR Dr. Puchert stellt dar, dass es keine rechtliche Grundlage für Gasbohrungen in Engerhufe gebe und weist darauf hin, dass eine Normkontrollklage bereits veranlasst wurde, welche keine aufschiebende Wirkung habe.

Abg. Strömer kündigt einen Antrag für die nächste Sitzung des Gremiums an. Auf weitere Ausführungen verzichtet er zunächst.

TOP 10 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt um 16.39 Uhr die 22. Sitzung des Ausschusses für Kreiseentwicklung und Umwelt.

gez. Odens
Vorsitzender

gez. Töpfer
Protokollführerin

